

### Zwei Fragen aus dem Militärstrafrecht.

- a) Gerichtsstand der Offiziere des Beurlaubtenstandes (Reserve, Landwehr und Secwehr) bei Herausforderungen und Zweikämpfen.
- b) Verfahren in Strafsachen, bei welchen Zivil- und Militärpersonen beteiligt sind (Gemischte Untersuchungen).

Von Dr. jur. Delius, Gerichtsassessor in Bielefeld.

Die preussische Militärstrafgerichtsordnung vom 3. April 1845 (G. S. S. 329), welche auch für die Kaiserliche Marine Gültigkeit hat, ist eingeführt im Norddeutschen Bunde (Verordnung vom 29. Dezember 1867, B. G. Bl. S. 185), in Baden (Verordnung vom 24. November 1871, R. G. Bl. S. 401) und in Elsaß-Lothringen (Verordnung vom 6. Dezember 1873, G. Bl. für Elsaß-Lothringen S. 331). Die Militärstrafgerichtsordnung für das Königreich Sachsen am 4. November 1867 ist der preussischen nachgebildet und stimmt mit derselben fast ganz überein. In Bayern gilt dagegen die Militärstrafgerichtsordnung für das Königreich Bayern in der durch die Gesetze vom 28. April und 27. September 1872 hergestellten Fassung, und in Württemberg die Militärstrafgerichtsordnung vom 20. Juli 1818.

a) § 6 der preussischen Strafgerichtsordnung, welcher in der sächsischen ebenso lautet, bestimmt folgendes:

„Alle zum Beurlaubtenstande gehörenden Personen des Soldatenstandes sind während der Beurlaubung in Strafsachen den Zivilgerichten unterworfen. Von diesen Strafsachen sind ausgenommen und gehören vor die Militärgerichte:

1 . . . . . — 4.

5. Herausforderungen und Zweikämpfe beurlaubter Landwehr-offiziere. . . . .

Trifft ein Verbrechen der zu 1 bis 5 bezeichneten Art mit einem gemeinen Verbrechen zusammen, so ist der Militärgerichtsstand auch wegen des letztern begründet.“

Nach §§ 11 u. 12 des Gesetzes vom 9. Novbr. 1887 (B.G.Bl. S. 131) fallen unter die „beurlaubten Landwehroffiziere“ auch die Offiziere der Reserve.

In dem Zirkularschreiben des Generalauditoriums vom 25. September 1872 wird die Bestimmung des § 6 Nr. 5 als noch zu Recht bestehend anerkannt und in der allgemeinen Verfügung des Generalauditoriums vom 6. November 1874 bemerkt, daß die Offiziere des Beurlaubtenstandes (Reserve und Landwehr) nur wegen Herausforderung und wegen Zweikampfs, nicht auch wegen Teilnahme an einem Zweikampf als Kartellträger, Sekundanten u.ä. den Militärgerichtsstand hätten (Fleck, Militärstrafgesetzbuch I, S. 57 und 224).

Auch das Reichsgericht (Entsch. in Strafsachen Bd. 12 S. 231 und Bd. 17 S. 243) nimmt die fortdauernde Gültigkeit der erwähnten Gesetzesbestimmung an, ohne jedoch Gründe hierfür anzugeben, und rechnet zu den „Offizieren“ im Sinne dieser Vorschrift auch die im Offiziersrange stehenden Sanitätsoffiziere der Reserve und Landwehr (Seewehr). Entgegen der auch in den Kommentaren über Militärstrafrecht vertretenen Ansicht muß indes die Vorschrift des § 6 Nr. 5 a. D. für aufgehoben erachtet werden.

Der Grund für diese Bestimmung in der Militärstrafgerichtsordnung ist darin zu suchen, daß die Verordnung II vom 20. Juli 1843 (für Sachsen vom 4. November 1867) für Herausforderungen und Zweikämpfe der Offiziere — sowohl der Linie wie auch der Landwehr — besondere, von den allgemeinen Strafgesetzen abweichende Strafen festsetzte, deren Höhe zum Teil sich danach richtete, ob die Beteiligten zuvor dem Ehrengerichte Anzeige gemacht hatten oder nicht. Daß den beurlaubten Landwehroffizieren der Militärgerichtsstand deshalb gewährt worden sei, weil sie überhaupt den Ehrengerichten unterworfen seien, steht nicht fest (vgl. Entsch. des R.G. in Strafsachen Bd. 12 S. 239). Nach § 3 des Militärstrafgesetzbuches vom 20. Juni 1872 (B.G.Bl. S. 174 ff.) unterliegen nun aber die Herausforderungen und Zweikämpfe der Offiziere den allgemeinen Strafgesetzen, d. h. den §§ 201—210 des bürgerlichen Strafgesetzbuches. Die Voraussetzung des § 6 Nr. 5 besteht daher nicht mehr zu Recht.

Neu verordnet der § 6 des Militärstrafgesetzbuches:

„Personen des Beurlaubtenstandes unterliegen den Strafvorschriften dieses Gesetzes in der Zeit, in welcher sie sich im Dienst befinden; außerhalb dieser Zeit finden auf sie nur diejenigen Vor-

schriften Anwendung, welche in diesem Gesetz ausdrücklich auf Personen des Beurlaubtenstandes für anwendbar erklärt sind.“

Vom Zweikampf ist im Militärstrafgesetzbuch im § 112 die Rede. Es heißt dort:

„Wer einen Vorgesetzten oder einen im Dienststrange Höhern aus dienstlicher Veranlassung zum Zweikampfe herausfordert, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter 1 Jahre und, wenn der Zweikampf vollzogen wird, mit Freiheitsstrafe nicht unter 3 Jahren bestraft; zugleich ist auf Dienstentlassung zu erkennen. Gleiche Strafen treffen den Vorgesetzten, welcher die Herausforderung annimmt oder den Zweikampf vollzieht.“

Im § 113 a. D. wird sodann bestimmt: „Eine Person des Beurlaubtenstandes wird, auch während sie sich nicht im Dienst befindet, gemäß § 112 bestraft, wenn sie die im § 112 vorgesehene strafbare Handlung im dienstlichen Verkehr mit dem Vorgesetzten oder in Militäruniform begeht. . . . .“

Im Falle des § 113 Militärstrafgesetzbuches unterliegen also unzweifelhaft sämtliche — auch die bayerischen und württembergischen — deutschen Offiziere des Beurlaubtenstandes der Militärgerichtsbarkeit.<sup>1)</sup>

Da abgesehen von dem erwähnten besondern Fall des Zweikampfs das Militärstrafgesetzbuch keine weitere Bestimmung darüber enthält und nach § 6 a. a. D. auf die Personen des Beurlaubtenstandes „während ihrer Beurlaubung“ nur die im M.St.G. für sie ausdrücklich anwendbar erklärten Vorschriften Anwendung finden, so ist der § 6 Nr. 5 M.St.G.D. für aufgehoben anzusehen. Dieser Ansicht scheint auch Solms, Militärstrafrecht, 1. Aufl., 1873, S. 81, zu sein. Man könnte nun einwenden: Die Vorschrift des § 6 Nr. 5 ist formell rechtlicher Natur, daher durch § 2 des Einführungsgesetzes zum Militärstrafgesetzbuch nicht aufgehoben, und in § 6 M.St.G.B. sind materiellrechtliche Vorschriften enthalten.

Die Vorschrift des § 6 St.G.B. ist, wie Solms a. a. D. S. 5 Anm. zu § 6 sagt, hervorgegangen aus § 15 des Gesetzes vom 9. November 1867 betr. die Verpflichtung zum Kriegsdienste. In jenem § 15 wird indes nur von beurlaubten Mannschaften des Heeres und der Marine (Reserve, Landwehr, Seewehr) gesprochen.

<sup>1)</sup> Vgl. bezüglich Bayerns: dessen M.St.G.D. Art. 1; bzw. Württembergs: dessen M.St.G.D. Art. 12<sup>a</sup>.

Zu den Personen des Beurlaubtenstandes (§ 6) gehören aber auch die Offiziere dieser Gattung. — Die im § 6 M.St.G.D. behandelte Materie, nämlich die Ausdehnung der Militärgerichtsbarkeit auf Personen des Beurlaubtenstandes während ihrer Beurlaubung, ist im § 6 M.St.G.B. neu geregelt. Hätte man die exceptionelle Bestimmung des § 6 Nr. 5 aufrecht erhalten wollen, so würde dies gewiß im Einführungsgeetze zum M.St.G.B. erwähnt worden sein. Für die Aufrechterhaltung lag indes kein Grund vor, weil ja, wie oben gezeigt, die Veranlassung derselben infolge des § 3 M.St.G.B. nicht mehr bestand.

Im Anschluß an das M.St.G.B. werden durch das Reichsmilitärgezet vom 2. Mai 1874 (R.G.Bl. S. 45) Abschnitt V die Rechtsverhältnisse der Personen des Beurlaubtenstandes geregelt. Letztere werden im § 57 a. D. während der Beurlaubung den zur Ausübung der militärischen Kontrolle erforderlichen Anordnungen und im dienstlichen Verkehr mit ihren Vorgesetzten oder, wenn sie in Militäruniform erscheinen, der militärischen Disziplin unterworfen. Im § 60 a. D. wird sodann noch ausdrücklich der „Offiziere“ gedacht. Der § 61 verordnet endlich: „Im übrigen gelten für die Personen des Beurlaubtenstandes die allgemeinen Landesgesetze. . . .“ Von einem eximierten Gerichtsstande der Offiziere ist nirgends die Rede. Die Bestimmung: „Die besondere Gerichtsbarkeit über Militärpersonen beschränkt sich auf Strafsachen und wird durch Reichsgesetz geregelt“, findet sich im § 39 des III. Abschnittes des gedachten Gesetzes. Dieser Abschnitt handelt von dem aktiven Heer; zu diesem gehören die Personen des Beurlaubtenstandes aber nur, wenn sie zum Dienst einberufen sind und zwar von dem Tage an, zu welchem sie einberufen sind, bis zum Ablauf des Tages der Wiederentlassung. (§ 38 B1.)

Alle Bedenken gegen unsere Ansicht dürften jedoch schwinden nach Durchlesen des § 14 der Landwehrordnung (siehe deutsche Wehrordnung vom 28. September 1875, genehmigt durch Kaiserliche Verordnung vom demselben Tage, im Reichscentralblatt 1875, S. 535). Dort heißt es unter Nr. 2: die gerichtlichen und Disciplinarverhältnisse der Personen des Beurlaubtenstandes regeln sich nach dem Militärstrafgesetzbuch für das Deutsche Reich vom 20. Juni 1872 und der Disciplinarstrafordnung für das deutsche Heer vom 31. Oktober 1872.

Die Offiziere des Beurlaubtenstandes haben also wegen Heraus-

forderungen und Zweikämpfe während ihrer Beurlaubung ihren Gerichtsstand vor den Zivilgerichten, ausgenommen im Falle des § 113 M.St.G.B. Das Generalauditoriat, der höchste Militärgerichtshof in Preußen, ist allerdings entgegenge-setzter Ansicht, die Kundgebungen desselben haben aber nicht die Kraft einer authentischen Interpretation der Militär-gesetze. Die Militärgerichte sind an die Rechtsauffassungen des Generalauditorats gebunden.

In der bayerischen und württembergischen Militärstrafprozeßordnung ist eine dem § 6 Nr. 5 M.St.G.D. entsprechende Bestimmung nicht enthalten.

b) Die §§ 52 und 53 der preussischen Militärgerichtsordnung, welche in der sächsischen ebenso lauten, bestimmen:

„§ 52. Wenn zwischen Militär- und Zivilpersonen Beleidigungen oder Thätlichkeiten wechselseitig vorkommen, oder wenn ein Verbrechen von Militär- oder Zivilpersonen gemeinschaftlich verübt wird, so muß die Untersuchung von einem aus Militär- und Zivilgerichtspersonen zusammengesetzten Gericht geführt werden.

Der kompetente Gerichtsherr ernennt die Militärmitglieder. Der höchste kommandierte Offizier hat in diesem gemeinschaftlichen Untersuchungsgericht den Vorrang.

Die Verhandlungen, welche die Mitangeschuldigten des Militärstandes betreffen, sind zu besondern Akten zu nehmen.

§ 53. Nach beendigter Untersuchung ist zuerst gegen die angeklagten Militärpersonen von dem Militärgericht zu erkennen. Wenn besondere Umstände nun anders erfordern, so ist darüber die Entscheidung des Königs durch das Generalauditoriat einzuholen.“

Durch Art. 147 des Gesetzes vom 3. Mai 1852 (G.S. S. 243) wurde der § 79 der Kriminalordnung (die Führung einer Untersuchung gegen Zivil- und Militärpersonen durch ein aus Zivil- und Militärgerichtspersonen zusammengesetztes Gericht betreffend) aufgehoben. Das Obertribunal (Plenarbeschuß vom 5. Mai 1858, Just.M.Bl. S. 186)<sup>2)</sup> nimmt an, daß diese Aufhebung auf die §§ 52 und 53 M.St.G.D. nicht auszudehnen sei, und führt weiter aus:

„Das mündliche öffentliche Hauptverfahren kann kein Hindernis abgeben, die Voruntersuchung, auf welche sich die §§ 52 und 53

<sup>2)</sup> Vgl. auch Verfügung des Justizministers vom 13. Januar 1857. Justiz-M.Bl. 1858, S. 186.

unzweifelhaft allein beziehen, durch eine aus Zivil- und Militärgerichtspersonen zusammengesetzte Kommission führen zu lassen, sowie denn auch in der Rheinprovinz seit langer Zeit dieselben Regeln zur Anwendung gebracht sind.

Endlich kann der Umstand, daß der Untersuchungsrichter den Angeeschuldigten und einige Zeugen bereits vernommen hat, kein Hindernis abgeben, die Sache nachträglich noch im gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren zur Erledigung zu bringen."

Daude, Bürgerliche Rechtsverhältnisse der Militärpersonen, S. 27 ff., ist der Meinung, daß sowohl in der Voruntersuchung als auch in dem sog. vorbereitenden Verfahren der *R.St.P.D.* die „gemischte Untersuchung“ stattfinden könne. Der Antrag auf Bestellung eines gemischten Untersuchungsgerichts sei von dem zuständigen Militärgericht bei der Staatsanwaltschaft desjenigen Landgerichts zu stellen, dessen Gerichtsbarkeit die beteiligten Zivilpersonen unterstellt seien. Die Staatsanwaltschaft habe alsdann ihrerseits die weitem geeigneten Anträge bei dem Untersuchungsrichter beziehungsweise dem mit der Leitung des Ermittlungsverfahrens betrauten Amtsrichter anzubringen.

Richtiger Ansicht nach haben die fraglichen §§ 52 und 53 zur Zeit keine Geltung mehr.

Beleidigungen und Körperverletzungen, soweit die Verfolgung nur auf Antrag eintritt, werden in der Regel von dem Verletzten im Wege der Privatklage verfolgt; falls nicht die Staatsanwaltschaft die öffentliche Klage erhebt, weil das im öffentlichen Interesse liegt. (§§ 444 ff. *St.P.D.*)

Eine Untersuchung im Sinne der zur Zeit des Erlasses der *M.St.G.D.* in Geltung befindlichen Strafprozeßgesetze kennt die jetzige *M.St.P.D.* nicht. Der Schwerpunkt des Verfahrens liegt nach derselben in der Hauptverhandlung, allen derselben vorausgehenden Stadien des Verfahrens ist der Charakter bloßer Vorbereitung beigelegt. Dementsprechend gilt als Regel, daß eine Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen, ebenso wie eine Gegenüberstellung der Zeugen mit andern Zeugen oder mit dem Beschuldigten im Vorverfahren ausgeschlossen ist. Eine Konfrontation ist nach § 58 Abs. *St.P.D.* im Vorverfahren nur dann zulässig, wenn sie ohne Nachteil für die Sache nicht bis zur Hauptverhandlung ausgesetzt bleiben kann. Ausnahmsweise ist die eidliche Vernehmung von Zeugen (nicht auch von Sachverständigen) gestattet

und zwar in der Voruntersuchung, wenn voraussichtlich der Zeuge am Erscheinen in der Hauptverhandlung verhindert oder sein Erscheinen wegen großer Entfernung besonders erschwert sein wird oder wenn die Vereidigung als Mittel zur Herbeiführung einer wahrheitsgemäßen Aussage erforderlich erscheint; in dem vorbereitenden Verfahren aber nur dann, wenn Gefahr im Verzug obwaltet oder wenn die Vereidigung als Mittel zur Herbeiführung einer wahrheitsgemäßen Aussage über eine Thatfache, von der die Erhebung der öffentlichen Klage abhängig ist, erforderlich erscheint. Erfolgt die Vereidigung im Vorverfahren, so ist der Grund in dem Protokoll anzugeben (§ 65 St.P.O.).

Eine Straffache, bei welcher die einzigen Beweismittel die Aussagen von Zeugen sind, welche sämtlich nach § 65 St.P.O. vereidigt werden können, gehört zu den größten Seltenheiten. Ubrigens läßt sich im voraus gar nicht ermitteln, ob die Voraussetzungen des § 65 St.P.O. vorhanden sind. Endlich ist die Vereidigung in das Ermessen des Richters gestellt.

Liegen aber die Voraussetzungen für die Vereidigung im Vorverfahren nicht vor, so verlegt der Zivilrichter das Gesetz, wenn unter seiner Mitwirkung die Vereidigung in dem gemischten Untersuchungsgericht erfolgt. Für das militärische Spruchgericht sind aber unbeeidigte Zeugenaussagen ohne Wert. Bei der Verschiedenartigkeit der beiden St.P.O. ist ein gemischtes Untersuchungsgericht im Sinne des § 52 unmöglich. In dem Jahrbuch der preussischen Gerichtsverfassung 1887, S. 109, Anm. 1 wird gesagt, daß die praktische Bedeutung der §§ 52 und 53 durch die Vorchrift des § 65 St.P.O. wesentlich herabgedrückt sei; man kann unbedenklich dies dahin vervollständigen, daß man an Stelle von „wesentlich herabgedrückt“ das Wort „aufgehoben“ einfügt.

Das Institut der gemischten Untersuchungen ist dem württembergischen Militärstrafrecht unbekannt (vgl. Daude a. O. S. 415).

In Bayern ist das Verfahren in Straffachen, bei welchen Zivil- und Militärpersonen beteiligt sind, durch den Art. 73 ff. des Gesetzes vom 18. August 1879 betr. die Ausführung der R.St.P.O. im Königreich Bayern geregelt. Die einschlägigen Bestimmungen sind bei Daude a. a. O. S. 388 abgedruckt, auf welche hiermit verwiesen wird.